**Allgemeine Zeitung, Ausgabe Kreis Bingen. Neuer Mainzer Anzeiger. Samstag, 14. Juni 1947.**

**Übergangs-Kabinett für Rheinland-Pfalz**

**Knappe Mehrheit der CDU und der Demokraten – Endgültige Lösung vertagt**

Koblenz (Südena.) Ministerpräsident Dr. Boden gab auf der Nachmittags-Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am Donnerstag bekannt, daß trotz eingehender Verhandlungen eine alle Parteien befriedigende Lösung noch nicht gefunden sei. Da das Land aber eine vorläufige Regierung nicht entbehren könne, berufe er ein Uebergangskabinett. Diesem gehören folgende Minister an:

Ministerpräsident und Innenminister: Dr. Boden (CDU),

Justiz und Kultus: Dr. Süsterhenn (CDU),

Ernährung, Wirtschaft und Finanzen: Stübinger (CDU),

Arbeit, Verkehr, Wiederaufbau u. Wohlfahrt: Jungglas (CDU).

Die Abgeordneten Dr. Hofmann (SPD) und Müller (KPD) erklärten, daß ihre Parteien nicht in der Lage seien, dem Kabinett ihr Vertrauen auszusprechen, sie seien aber zu weiteren Verhandlungen bereit. Abgeordneter Neumeier (Demokratische Partei) bekundete das Einverständnis seiner Fraktion mit der provisorischen Lösung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in absehbarer Zeit eine Regierung auf breiterer Basis gebildet werden könne. Für die CDU sprach Abgeordneter Altmeier. Er betonte, daß die Uebergangslösung notwendig sei, um den augenblicklichen Schwebezustand in der Verantwortlichkeit nicht zu verlängern. Die CDU sei nach wie vor bereit, auf breitester Grundlage an einer Regierung aller aufbauwilligen Kräfte mitzuarbeiten.

Die Abstimmung des Hauses ergab für das Uebergangskabinett eine geringe Mehrheit, die sich aus den Abgeordneten der CDU und der Demokratischen Partei zusammensetzte. Das endgültige Kabinett soll auf Beschluß des Parlaments innerhalb von vierzehn Tagen gebildet werden.

O.Z. Koblenz (Eig. Meldung.) In der gestrigen Sitzung des Landtags von Rheinland-Pfalz wurde auf Vorschlag der CDU der seitherige Ministerpräsident, Dr. Boden, mit 54 Stimmen der CDU und der Demokratischen Fraktion gegen 38 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten zum Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz gewählt. Die sozialdemokratischen Minister Steffen (Inneres) und Röhle (Arbeit), der kommunistische Minister Feller (Wiederaufbau und Verkehr) und die CDU-Minister Dr. Haberer (Wirtschaft) und Dr. Lotz (Kultus) sind aus der Regierung ausgeschieden.

Zu Beginn der Vormittagssitzung wurde ohne Aussprache einstimmig eine Wahlverordnung beschlossen, nach der in den neu zugelieferten westlichen Orten ein Abgeordneter gewählt wird. Für die Dauer dieser Wahlperiode zählt demnach der Landtag 201 Abgeordnete.

Ministerpräsident Dr. Boden gab anschließend einen kurzen Ueberblick über die Tagung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder, deren Verlauf bereits eingehend in der Presse gewürdigt wurde. Er gab dabei seinem besonderen Bedauern über den Auszug der Minister der russischen Zone Ausdruck und verlas den Wortlaut der Schlußerklärung der Ministerkonferenz. Dr. Boden gehört zu der vierköpfigen Abordnung, die beauftragt ist, die Münchener Beschlüsse dem Berliner Kontrollrat zu unterbreiten.

Nach der Wahl zum Ministerpräsidenten dankte Dr. Boden für das ihm geschenkte Vertrauen und bat um eine Unterbrechung der Sitzung, um sofort die Koalitionsverhandlungen mit den Parteien aufnehmen zu können.

Vorher gab der Abgeordnete Schmidt (SPD) als Berichterstatter des Ernährungsausschusses einen Ueberblick über die im Ausschuß gefaßten Beschlüsse, die sich auf die von Minister Stübinger bereits dargelegten ernsten Verhältnisse gründen. Als besonders dringlich wurde vom Ausschuß die Produktionsförderung angesehen und die Versorgung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Maschinen und Düngemitteln, besonders mit Phosphat. Der Mangel an Saatgut ist derart groß, daß allein in Rheinhessen rund hunderttausend Hektar unbebaut bleiben mußten. An die Regierung wurde eine Entschließung gerichtet, unverzüglich beschleunigte Maßnahmen zur Rettung der Landwirtschaft und Sicherung der Ernährung zu ergreifen.

Der Beginn der Nachmittagssitzung verzögerte sich durch die Verhandlungen zwischen den Parteien um eine Stunde. Bei Beginn der Sitzung nahm allein Ministerpräsident Dr. Boden am Ministertische Platz und ergriff sofort das Wort zur Abgabe einer Erklärung. Er ging von den Schwierigkeiten der Regierungsbildung aus und begründete damit und aus den rechtlichen Bedenken der Artikel 144 und 99 der Verfassung die Notwendigkeit zur Bildung eines Uebergangskabinetts. Trotz langer Vorbereitungen sei es bei den jetzigen Verhandlungen nicht möglich gewesen, eine sofortige Lösung zu erreichen. Der Ministerpräsident wird die Verhandlungen jedoch weiterführen und alle Möglichkeiten erschöpfen, um in der nächsten Sitzung des Landtags die endgültige Regierung vorstellen zu können. Ministerpräsident Dr. Boden gab sodann die Namen der neuen Minister bekannt.